

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Krise der Finanzmärkte hat viele Menschen stark verunsichert. Es ist zu großen Teilen unserem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu verdanken, dass auch in Deutschland ein umfassendes Rettungspaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes und zur Sicherung der Ersparnisse aller Bürgerinnen und Bürger geschmiedet wurde. Durch sein entschlossenes, beherztes und gradliniges Handeln hat er genau das Richtige getan.

Wichtig ist aber, dass wir weitere Lehren aus der Krise ziehen. Der maßlosen Profitgier einiger skrupelloser Banker und Manager muss dauerhaft ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem sind ein international abgestimmtes Handeln und eine Regulierung der Finanzmärkte notwendig, um künftige Krisen dieser Art zu vermeiden. Wir Sozialdemokraten stehen dazu, auch diese notwendigen weiteren Schritte zu gehen. Wir brauchen einen starken Staat, der in der Lage ist, Regeln zu setzen und die Einhaltung dieser Regeln auf zu überwachen. Finanz-Zocker weltweit haben das hart erarbeitete Geld der Bürgerinnen und Bürger in unvorstellbaren Größenordnungen verbrannt. Das muss ein Ende haben. Wenn wir diese zügellose Verantwortungslosigkeit weiter zulassen, bedroht dies letztendlich auch unsere Demokratie. Wir Sozialdemokraten wollen diesen Casino-Kapitalismus beenden. Das erwarten die Menschen von uns.

Und in dieser Finanzkrise erleben wir hier in Nordrhein-Westfalen eine schwarz-gelbe Regierung, die unter der Überschrift „Privat vor Staat“ ein Sparkassengesetz gegen massive Proteste im ganzen Land durchzusetzen will, dass die Privatisierung der Sparkassen einleiten wird. Aber gerade die Sparkassen zeigen jetzt, dass sie ein Hort der Stabilität sind. Wer jetzt unser bewährtes Sparkassensystem gefährdet, hat die Dramatik der Lage immer noch nicht erkannt und handelt zum Schaden der Menschen in unserem Land. Deshalb müssen wir dem mit aller Kraft entgegenreten.



Eure Hannelore Kraft



MIT NEUEM SCHWUNG IN DIE ANSTEHENDEN WAHLKÄMPFE

DIE NRWSPD AUF DEM AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG IN BERLIN

„Dieser Parteitag gibt uns Schwung, da bin ich mir ganz sicher. Die SPD ist wieder auf der Überholspur“, war sich Hannelore Kraft direkt nach dem Parteitag im Berliner Estrel-Hotel sicher – und mit ihr die 127 Delegierten aus Nordrhein-Westfalen, die nach Berlin gereist waren. Mit sehr guten Ergebnissen wählte der Parteitag das neue Führungsduo der SPD mit Franz-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidaten und Franz Müntefering als neuen „alten“ Parteivorsitzenden. Die hervorragenden Reden von Frank-Walter und Franz hätten noch einmal deutlich gemacht, so Kraft, dass die SPD nicht nur die bessere Führung als die CDU, sondern auch die aktuell besseren Konzepte für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit habe. Hannelore Kraft: „Wir haben seit langem die richtigen Antworten. Die SPD hat ein umfassendes Konzept für eine kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule, während die CDU auf Bildungsgipfeln noch nach ihrer Linie sucht. Die SPD fordert nicht erst seit Ausbruch der Finanzkrise klare Regeln für die internationalen Finanzmärkte. Während sich die CDU in Leipzig für ihren neoliberalen Kurs gefeiert hat, war für uns Sozialdemokraten längst klar, dass wir Globalisierung gestalten müssen.“ Die Vorsitzende der NRWSPD erinnerte daran, dass für die CDU/FDP-Landesregierung in NRW immer noch die Ideologie vom „Privat vor Staat“ gelte und Schwarz-Gelb Blaupause für Berlin sein wolle: „Das freie, unregelmäßige Spiel der Kräfte ist gescheitert. Jetzt fordern alle im Land das, wofür wir schon lange eintreten: Wir brauchen die regelnde Hand des Staates.“

Auf den falschen Kurs der Landesregierung zum Schaden von Nordrhein-Westfalen und seinen Bürgern gingen auch Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier in ihren Reden ein. Der neue Parteivorsitzende verurteilte die Versuche von Ministerpräsident Rüttgers, den Namen von Johannes Rau für seine Zwecke zu instrumentalisieren: „Wer Johannes lobt und gleichzeitig Studiengebühren einführt, der missbraucht den Namen von Johannes Rau“, rief Franz Müntefering den Genossinnen und Genossen im Saal zu. Und auch Frank-Walter Steinmeier sprach sich klar gegen die Politik der schwarz-gelben Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen aus: „Jürgen Rüttgers will die Sparkassen für private Beteiligungen öffnen! Das ist eine Politik, die glasklar gegen die Interessen der kleinen Leute und kleinen Betriebe geht!“ sagte Steinmeier. „Liebe Hannelore Kraft, du hast die Unterstützung der ganzen SPD gegen diesen Unsinn! Und ich bin sicher: Nicht nur wir, auch 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen stehen bei diesem Kampf hinter dir! Jetzt erst recht!“

Nach dem Parteitag richte sich jetzt der Blick auf den anstehenden Wahlmarathon bis zur Landtagswahl 2010, betonte Kraft: „Wir spielen auf Angriff. Nach der Europa- und der Kommunalwahl wird das rote Stürmerduo aus Franz-Walter Steinmeier und Franz Müntefering 2009 das Siegtor gegen die Merkel-Truppe schießen. Und mit diesem Rückenwind ist es dann an uns, Ministerpräsident Rüttgers aus dem Düsseldorfer Stadttor zu jagen.“ ■

KLAUSURTAGUNG DER NRWSPD IN KLEVE

LANDESVORSTAND VERABSCHIEDET „SOFORTMASSNAHMEN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT“

Von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

Am 12. und 13. September ist der Vorstand der nordrhein-westfälischen SPD zu seiner Klausurtagung in Kleve zusammengekommen. Auch der Parteivorsitzende Franz Müntefering nahm an der Sitzung teil. Er hat uns durch seine Worte noch einmal Orientierung gegeben und Selbstbewusstsein vermittelt. Einstimmig wurde er vom Landesvorstand als Spitzenkandidat Nordrhein-Westfalens für die Bundestagswahl nominiert.

Inhaltlich haben wir uns in Kleve vor allem mit dem Thema Soziale Gerechtigkeit beschäftigt. Denn gerade auf diesem Gebiet haben CDU und FDP auf ganzer Linie versagt. Die Landesregierung gefährdet mit ihrer unsozialen Politik den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie lässt die Menschen im Stich. Der Ministerpräsident redet viel von sozialer Gerechtigkeit, er handelt aber nicht danach. Mit ihrer Politik des „Privat vor Staat“, den Kürzungen bei den Kommunen und den Einschnitten in das soziale Netz tragen CDU und FDP zur Verschärfung sozialer Gegensätze in Nordrhein-Westfalen bei. Damit muss Schluss sein. Für uns Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt.

Deshalb hat die NRWSPD auf ihrer Vorstandsklausur in Kleve – in einem ersten Schritt – Sofortmaßnahmen für mehr Gerechtigkeit in NRW identifiziert. Anhand dieses Katalogs kann der Ministerpräsident sofort zeigen, wie ernst es ihm wirklich mit der sozialen Gerechtigkeit in NRW ist. Wir werden diese Punkte in den Landtag einbringen. Dort müssen CDU und FDP Farbe bekennen.



Barbara Hendricks, Hannelore Kraft und Franz Müntefering bei der Klausurtagung in Kleve

Unsere „Sofortmaßnahmen für mehr Gerechtigkeit“ lauten:

1. Anträge von Kommunen zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen werden grundsätzlich genehmigt.
2. Das Sparkassengesetz wird zurückgezogen. Die von der Landesregierung beschlossene Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen wird aufgehoben.
3. Das Landespersonalvertretungsgesetz wird mit dem Ziel verändert, die von der CDU/FDPLandesregierung beseitigten oder eingeschränkten Mitbestimmungsrechte wieder in Kraft zu setzen.
4. Sofortige Wiedereinführung eines Tarifreuegesetzes und eines Mindestlohnes.
5. Die Arbeitslosenberatungszentren im Land werden in ihrem Fortbestand gesichert.
6. Die Landesregierung legt das Vertragswerk zum LEG-Verkauf in soweit offen, dass alle möglichen Bedingungen und Kontrollmechanismen zur Erfüllung der so genannten Sozial-Charta überprüft werden können. Bei Einschränkungen der sozialen Schutzklauseln der Mieterinnen und Mieter muss eine Rückabwicklung des Verkaufs in Angriff genommen werden.
7. Für die sogenannten Kohlerückzugsgebiete wird ein Sonderprogramm aufgelegt, damit Ausbildungsplätze gesichert und der Strukturwandel weiter vorangetrieben werden kann.

SCHULPOLITIK: DIE KOPFNOTEN-MISERE GEHT WEITER



Mit Verabschiedung des schwarz-gelben Schulgesetzes im Sommer 2006 wurde die Einführung von Kopfnoten an den Schulen in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Dies hat zu einer heftigen Auseinandersetzung in Politik und Gesellschaft geführt. Die NRWSPD teilt die Auffassung der Kirchen, der Landesschülervertretung sowie vieler Lehrer und Eltern, dass die wichtige und richtige Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens in Form von Noten nicht sinnvoll ist. Zuverlässigkeit, Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Team- oder Konfliktfähigkeit lassen sich nicht in Noten fassen. Darüber sind sich alle Experten einig.

Anstatt die Kopfnoten endlich wieder abzuschaffen, hat die Landesregierung sie nun von sechs auf drei reduziert. Wie auf einem Basar wurde zuvor in der schwarz-gelben Koalition um die Anzahl gefeilscht. Das Ergebnis ist völlig willkürlich, denn die Beteiligten können keine pädagogische Begründung für diese Zahl nennen. CDU-Schulministerin Sommer hatte sich für vier Noten ausgesprochen, die CDU wollte nur zwei.

Die Reduzierung der Kopfnoten ist ein verzweifelter Versuch der Schulministerin, ihr beschädigtes Ansehen zu retten. Die Frage, was pädagogisch sinnvoll wäre, spielt dabei anscheinend keine Rolle. Um das Wohl der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen geht es in der Landesregierung schon lange nicht mehr.

Das ist mehr als unverantwortlich. Denn es handelt sich hier um Noten, die mitentscheidend sind für den Lebensweg der Schülerinnen und Schüler in NRW. Erst vor wenigen Wochen ist ein ganzer Abschlussjahrgang von der Hauptschule bis zum Gymnasium mit sechs Kopfnoten ins künftige Berufsleben geschickt worden. Diese Schülerinnen und Schüler sind Opfer der vollkommen unfähigen Schulpolitik von Jürgen Rüttgers und seiner Schulministerin.

Aber nicht nur den Schülerinnen und Schülern schadet die Vergabe von Kopfnoten. Sie bedeuten auch einen immensen bürokratischen Aufwand an unseren Schulen. Nach Berechnungen der GEW wurden landesweit rund zwei Millionen Arbeitsstunden dafür benötigt. Aufgrund des enormen Aufwandes für die Lehrerinnen und Lehrer fallen rund eine Million Stunden Unterricht in NRW aus.

Wieder einmal wird deutlich: Die Schulpolitik ist bei der schwarz-gelben Regierungskoalition in vollkommen falschen Händen. ■

NRWSPD – Stark vor Ort:

IDEE FÜR SPENDENAKTION BEIM ABENDESSEN

SPD-ORTSVEREIN UEDERM SAMMELTE GELD UND LEBENSMITTEL

„Eigentlich hätte ich auch selbst auf die Idee kommen können!“ Selbstkritisch schmunzelt Jürgen Horn, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins im niederrheinischen Uedem. Beim Abendessen in der Familie hatte er von einem Informationsbesuch des Ortsvereinsvorstands beim örtlichen „Café Konkret“ erzählt. Die karitative Einrichtung versorgt in dem kleinen Ort mehr als 150 bedürftige Menschen mit Lebensmitteln. Horns elfjährige Tochter Simone reagierte direkt darauf spontan: „Da müsst ihr doch auch etwas für tun. Ihr seid doch die sozialen Demokraten!“ Und die Kleine schlug gleichzeitig einen Suppenverkauf vor.

Die SPD veranstaltete daraufhin am ersten Oktobersamstag auf dem Parkplatz vor einem Supermarkt in Uedem eine Benefizaktion. Aus dem Verkauf von Erbsensuppe, die von den Uedemer SPD-Mitgliedern und Kochbuchautoren Kathrin und Olaf Plotke gekocht wurde, kamen 120 Euro zusammen. Gleichzeitig spendeten Passanten insgesamt fünf Einkaufswagen Lebensmittel, die nach Ende der Aktion mit dem Geld nach einer Spendenkarawane durch den Ort beim „Café Konkret“ abgegeben wurden. Die Aktion wird wiederholt. Am 6. Dezember wird nicht nur Erbsensuppe verkauft, sondern auch schwedischer Glühwein und Weihnachtsgebäck.

Das „Café Konkret“ registrierte, dass auch im beschaulichen 8000-Einwohner-Ort Uedem die Zahl der Hilfesuchenden steigt. Im August 2007 hatte die Einrichtung ihre Pforten geöffnet. Im Zentrum steht die Lebensmittelausgabe. Sechs Fahrer fahren Tag für Tag Discounter und Einzelhändler in Uedem, Goch und Weeze an, um kostenlos Lebensmittel zu erhalten. Gespendete Waren wie Brot, Obst, Gemüse oder Kartoffeln werden kostenlos dienstags und donnerstags an die Kunden abgegeben. Nahrungsmittel wie Butter, Öl, Mehl oder Nudeln, die mit Spendenmitteln erworben werden, sind für kleine Beträge, etwa für zehn Cent pro Einheit, zu kaufen.

Darüber hinaus steht ein Team von acht Beratern und Seelsorgern bereit, die den Hilfesuchenden in persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur Seite stehen. Jungen Menschen bei Bewerbungen helfen, Eltern in Erziehungsfragen beistehen, wirtschaftliche Verhältnisse im privaten Umfeld ordnen, Anträge zum Beispiel für Wohngeld oder Arbeitslosengeld ausfüllen oder Bescheide lesen, Menschen zu Behörden begleiten sowie Fragen rund um Suchtprobleme oder bei einer Schwerbehinderung klären – bei diesen und ähnlichen Problemen helfen die Frauen und Männer oder vermitteln an kompetente Stellen weiter.

Für Wolfgang Feldmann vom „Café Konkret“ ist gerade die Kombination von Lebensmittelausgabe und Beratungsangebot ideal: „Dadurch erleichtern wir es den Hilfesuchenden, zu uns zu kommen. Genau das haben wir mit unserem Lokal gewollt und auch erreicht.“ ■

SPD-Sammelaktion in Uedem für bedürftige Familien: (v.l.) Lukas Rippel, Hans Diedrich, Manfred Bodden (Café Konkret), Inge Diedrich, Kathrin Plotke, Olaf Plotke, Wolfgang Feldmann (Café Konkret), Simone und Jürgen Horn. Weitere Helfer waren Toske und Jürgen Noth.



**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM NOVEMBER...**

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 80 Jahre:** Luise Glauer
60 Jahre: Werner Angelkorte
 Heinz Gürtler
 Werner Krause
 Max Vogl
55 Jahre: Helmut Althoff
 Dieter Gumz
 Werner Joschko
50 Jahre: Alarich Bechtoldt
 Annerose Brack
 Karl-Heinz Jäger
 Hajo Jahn
 Irmgard Kost
 Rolf Luenenstrass
 Adolf Mohn
 Auguste Winter
 Dietlinde Zellkau

...ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre:** Walter Schneider
99 Jahre: Erna Grimme
98 Jahre: Reinhold Bartelborth
 Gertrud Becker
 Hildegard Gerhards
 Alfred Hufeld
97 Jahre: Gertrud Dahms
96 Jahre: Hanne Böhmfeldt
 Otto Bradtka
 Maria Fuenders
 Ferdinand Köthe
 Bruno Krueger
 Margarete Lehr
 Ewald Scheibe
95 Jahre: Werner Bald
 Theodor Butzen
 Martha Lange
 Rosa Rhein
 Gustav Rohmann
 Elfriede Scheuermann
 Johanna Stump
 Emmi Tagge
 Heinrich Terhorst
 Elsbeth Wiesmann

Einladung zum Zukunftskonvent am 15.11.2008 in Essen

**STANDORT NRW
GEMEINSAM NEUE CHANCEN SCHAFFEN**

Die NRWSPD lädt alle Genossinnen und Genossen zum diesjährigen Zukunftskonvent in Essen ein. Wir werden uns mit dem Thema Standortpolitik in Nordrhein-Westfalen beschäftigen. Redner werden u.a. **Hannelore Kraft**, Vorsitzende der NRWSPD, und **Peer Steinbrück**, Bundesfinanzminister für Finanzen und stellvertretender Parteivorsitzender, sein. Zudem wird **Alfred Buß**, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, eine Grundsatzrede zum Thema „Wirtschaftliche und politische Verantwortung in Zeiten der Globalisierung“ halten.

In insgesamt **fünf Foren** möchten wir mit Dir und zahlreichen Expertinnen und Experten verschiedene **Schwerpunkte** des Themas Standortpolitik in Nordrhein-Westfalen diskutieren.

- Diese werden sein:
- Fortschrittsmotor Klimaschutz
 - Ohne Fachkräfte geht es nicht
 - Lokale Wirtschaft stärken
 - Rohstoffe sichern und Materialien effizient nutzen
 - Wissen schaffen für den Mittelstand

Termin:
 15.11.2008
 10.00-14.00 Uhr
 Messe Essen, Congress Center West
 Norbertstraße 56
 45131 Essen

Anmeldung:
 Anmelden kannst Du Dich online unter: www.nrwspd.de/zukunftskonvent2008
 Hier findest Du auch die komplette Einladung mit weiteren Details zum Programm.

Wir freuen uns, Dich auf dem Zukunftskonvent begrüßen zu können!

**ROT-KÄPPCHEN
UND DER BÖSE WOLF**

DIE SPD IM KREIS KLEVE FEIERT IHR 100-JÄHRIGES BESTEHEN MIT EINZIGARTIGEM KUNSTPROJEKT



Ein eisernes Gitterbettchen steht im Raum. Ungemütlich sieht es aus, es lässt einen die Kälte vorsintflutlicher Kinderheime erahnen. Ein quadratisches Zierkissen macht es nicht freundlicher. Darauf ist liebevoll ein SPD-Parteibuch gebettet. Angebunden, wie wartend, steht ein Holzpferdchen am Fußende. Lädiert und doch wehrbereit, mit einem überdimensionierten Holzschild und einer Lanze, die mit einer Breslauer Lasalle-Flagge geschmückt ist. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ steht dort geschrieben. Und: „Einigkeit macht stark!“

Anrührend und verstörend zugleich wirkt die Plastik „Wenn ich einmal groß bin“ des Gelderner Künstlers Peter Busch. Er ist einer von 18 Künstlern, deren Werke in der Ausstellung „ROT“ in Kleve, Geldern und Emmerich zu sehen waren. Einer Ausstellung, die die SPD im Kreis Kleve zur Feier ihres 100-jährigen Geburtstages ins Leben gerufen hat. Der Unterbezirk fand damit einen besonderen Weg, mit Mut und Sinnlichkeit sein Jubiläum zu feiern. Künstlerinnen und Künstler, zumeist aus der Region, waren eingeladen, sich auseinanderzusetzen mit der einzigen Vorgabe: dem Arbeitstitel „ROT“.

So unterschiedlich wie Menschen sind, sind auch die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung ausgefallen. Die Niederländerin Dini Thomsen trägt in feinen Schattierungen rote Farbe auf eine riesige Leinwand auf. Daneben tritt ein Mensch aus dem Rot, selbst noch rosarot glühend. „Eine Straße muss ich gehen, die noch keiner ging zurück“ nennt die Trägerin des Bundesverdienstkreuzes ihr Gemälde.

Der Neusser Reiner Lichtenscheidt lässt sein gesichtsloses Rotkäppchen in einer Serie aus drei Gemälden durch suggestive Schatten gleiten. Ob der böse Wolf es einholen wird?

„Es ging bei der Teilnahme nicht um Äußerungen von Künstlerinnen und Künstlern, die der Partei nahe stehen oder gar Mitglied sind“, sagt Hejo Eicker, stellvertretender Vorsitzender der SPD im Kreis Kleve und Initiator des Projektes. Und Thorsten Rupp, Geschäftsführer im Kreis, freut sich auf eine mögliche Ausstellung des Projekts im Willy-Brandt-Haus im Jahr 2010. „Es ging in diesem Experiment sicherlich auch darum, eine Diskussion in die Partei zu tragen“, sagt er. Das Experiment ist mehr als geglückt.

Die Ausstellung „ROT“ war im September und Oktober in Kleve, Geldern und Emmerich zu sehen. Geplant ist eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus im Jahr 2010. Der Katalog ist über das UB-Büro Kleve, Tel. 0 28 21-78 100, zum Preis von 7,- Euro inkl. Versandkosten zu beziehen. ■

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
 REDAKTION: Merle Schulte, Julia Stöcklein, Andreas Uphues | EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de | INTERNET: www.nrwspd.de